

---

## N i e d e r s c h r i f t

über die **öffentliche** Sitzung des Sozialausschusses des Landkreises Konstanz am **Montag, dem 25. September 2017**, im Großen Sitzungssaal des Landratsamts Konstanz, Benediktinerplatz 1, 78467 Konstanz.

**Beginn: 14:00 Uhr**

**Ende: 15:30 Uhr**

### TAGESORDNUNG

<b>TOP</b>	<b>Bezeichnung</b>	<b>Drucksache-Nr.</b>
1.	<b>Bericht über die "Denkfabrik" des Kreissenorenrats</b>	<b>2017/208</b>
2.	<b>Integrationskonzept für Migranten und Migrantinnen</b>	<b>2017/202</b>
3.	<b>Fördermaßnahme für Migranten im Landkreis Konstanz;</b> Integrationsprojekt zur Förderung der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund	<b>2017/206</b>
4.	<b>Bildung und Teilhabe;</b> Angebote und Inanspruchnahme	<b>2017/142</b>
5.	<b>Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff SGB XII – 2016</b>	<b>2017/184</b>
6.	<b>Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche</b>	

### **Vorsitzender**

**Hämmerle**, Frank, Landrat

### **Stimmberechtigte Mitglieder**

**Both**, Hubertus, Dr.

**Brennenstuhl**, Heinz

**Czajor**, Marion (ab 14:20 Uhr)

**Demmler**, Kurt

**Engelhardt**, Udo

**Faden**, Jürgen

**Happle-Lung**, Ines (ab 14:25 Uhr)

**Häusler**, Bernd

**Herberger**, Veronika

**Hirschle**, Franz

**Hofer**, Sigrid, Dr.

**Hoffmann**, Andreas

**Keck**, Jürgen, MdL

**Müller-Fehrenbach**, Wolfgang (als Vertreter f. den entsch. **Bodman**, Johannes, Freiherr v.)

**Repnik**, Hermann

**Storz**, Hans-Peter

**Volz**, Tobias

**Zoll**, Wolfgang, Dr.

### **Beratende Mitglieder**

**Eberwein**, Bernd, Dr.

**Ehret**, Matthias

**Grams**, Christian

**Zedler**, Reinhard

### **Entschuldigt:**

**Bodman**, Johannes, Freiherr von

**Koch**, Hans-Peter

**Sarikas**, Zahide

### **Verwaltung**

**Goßner**, Axel

**Best**, Florian

**Brumm**, Monika

**Egenhofer**, Ludwig

### **Protokoll**

**Hoffmann**, Vera

Der **Vorsitzende** eröffnet die **öffentliche** Sitzung und begrüßt die anwesenden Gäste.

Er stellt fest, dass zur Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde; anschließend verliest er die Liste der Entschuldigten und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Wünsche oder Anregungen zur Tagesordnung werden auf Nachfrage nicht geäußert.

## **1. Bericht über die "Denkfabrik" des Kreissenienerrats**

Herr **Dr. Eberwein** berichtet anhand einer PowerPoint-Präsentation.

### **Vorsitzender**

Bei Bedarf können weitere Exemplare der Broschüre „KSR Denkfabrik“ bei der Kreistagsgeschäftsstelle erfragt werden. Vielen Dank an die Autoren der Broschüre.

### **Kreisrätin Happle-Lung**

Großes Lob für die Broschüre des Kreissenienerrats (KSR).

Zum Thema Mobilität wird angemerkt, dass bspw. auf der Reichenau die Bahnsteige momentan von der Deutschen Bahn (DB) erhöht werden. Kritisch ist, dass es einen großen Zwischenraum zwischen den Fahrzeugen und dem Bahnsteig gibt, was u.a. auch Müttern mit Kinderwägen Probleme bereitet. Für Rollstühle ist dies nahezu unmöglich. Zudem birgt dies eine hohe Gefahrenquelle. Dies sollte ggf. von der Denkfabrik noch mit aufgenommen werden.

Patientenverfügungen werden aus eigener Sicht kritisch gesehen. Dabei muss noch große Aufklärungsarbeit an den Kliniken geleistet werden, weil die Verfügung oftmals nicht ernst genommen wird. Ärzte fahren oft einen anderen „Kurs“ und Angehörige haben es meist schwer, die Einhaltung der Verfügung durchzusetzen.

In Bezug auf den Wohnraum wird von einer älteren Frau berichtet, die mit Studenten zusammen gewohnt hat. Ggf. kann dieses Beispiel in das Wohnprojekt mit aufgenommen und auch dafür geworben werden. Die Studenten haben die Frau dann später auch bei einem Krankenhausaufenthalt besucht und sich um sie gekümmert.

Zum Punkt Pflege wird angemerkt, dass die allgemeine Aussage in Bezug auf den demografischen Wandel und insbesondere darauf, dass die Pflege nicht mehr Geld benötigt, als falsch empfunden wird. Dieser Teufelskreis kann nur durchbrochen werden, wenn in der Pflege auch mehr Geld gezahlt wird. Bei diesem Thema sollte gemeinsam Druck ausgeübt werden. Wenn sich die Bezahlung verbessert, wird man sicher wieder mehr Arbeitskräfte mobilisieren können. Dieses Instrument würde relativ schnell greifen.

### **Kreisrat Storz**

Herzlichen Dank für den Bericht. Es wurden viele Themen wie Rente, Gesundheit, Pflege und Mobilität vorgetragen, die jetzt auch im Wahlkampf für die Bundestagswahl 2017 aktuell waren. Es wird darum gebeten, diese Themen weiterzutragen, denn es ist unklar, ob sich bei diesen Themen politisch, angesichts der geplanten Koalitionen, etwas weiterentwickeln wird.

### **Kreisrat Keck, MdL**

Vielen Dank für Ihre Arbeit. Sie sagten, dass Sie sehr ungeduldig seien. Das ist in solch einem Bereich auch erforderlich. Es ist gut, dass der KSR im Bereich Gesundheit sehr aktiv ist.

Der Demografiebeauftragte des Landes, Herr **Kunzmann** sagte, dass die Demografie gerade erst beginnen würde. Seine Aufgabe ist es, Szenarien zu entwickeln, wie es in fünf, zehn oder 15 Jahren aussehen wird.

Das Thema Bürgerschaftliches Engagement ist immer wieder zu hören. Der angesprochene Bürgerbus in Rielasingen-Worblingen wird gelobt. Bei der Landesregierung stößt man mit der Einführung einer Ehrenamtskarte, die in Bayern sehr gut funktioniert, weiterhin auf taube Ohren. Es wird angeregt, die Einführung einer Ehrenamtskarte als Zeichen der Anerkennung für Bürgerschaftliches Engagement im Landkreis zu prüfen.

### **Vorsitzender**

Die Ehrenamtskarte wurde bereits geprüft. Die Einführung würde sich sehr schwierig gestalten. Insbesondere ist auch der genaue Inhalt unklar. Es wurde auch schon zu

Ehrenamtsempfängern eingeladen, um die besondere Wertschätzung zu zeigen. Sehr erfolgreich war das allerdings nicht.

#### Kreisrat **Hoffmann**

Es ist gut, dass solch eine substantiell gut gefüllte Thematik bei der Denkfabrik rausgekommen ist. Beim Lesen der Broschüre fiel jedoch auf, dass die Stadt Konstanz etwas zu kurz gekommen scheint. Es wird um eine intensivere Einbeziehung der Stadt Konstanz bei der weiteren Arbeit des KSR gebeten. Dort gibt es auch einen sehr aktiven Stadt seniorenrat. In der Stadt selbst wird bspw. über den Pflegestützpunkt eine gute Seniorenarbeit gemacht.

Das Thema Pflege beschäftigt die kommunale Seite sehr stark. Dazu findet am 22.11.2017 um 17:00 Uhr eine kommunale Gesundheitskonferenz im Großen Saal des Landratsamtes statt. Es sind Vertreter des Sozialministeriums eingeladen, um u.a. auch zu beantworten, was aus der Pflegeenquete des Landtags wirklich bei den Menschen ankommen soll.

Ein weiteres Referat wird Frau **Driesch**, Agentur für Arbeit, halten. Die Pflegesituation wird in Bezug auf Auszubildende und auf Anträge von ausländischen Pflegekräften beschrieben.

Das dritte Referat wird von der AOK kommen, die als Sprecher für die Kassen im Landkreis die Pflegesatzverhandlungen führt und damit maßgeblich die Pflegestrategie im Landkreis Konstanz bestimmt.

Es wird um Teilnahme der Mitglieder des Sozialausschusses gebeten.

#### Kreisrat **Dr. Zoll**

Die Broschüre ist die Quintessenz von vielen Stunden Arbeit des engagierten KSR. Vielen Dank dafür, insbesondere auch für die Broschüre zur Pflegesituation. Im Rathaus Reichenau wurde noch nie etwas ausgelegt, das so reißenden Absatz fand.

Wie geht man mit den vorgelegten strategischen Überlegungen nun um? Das ist relativ schwierig, weil die Themen von der Kommunalpolitik bis über Landespolitik keine Grenze nach oben haben und bis zum Bund reichen.

Ich suche als kommunaler Vertreter regelmäßig Kontakt zu den örtlichen Vertretern des KSR, um über anstehende Themen zu sprechen. Vielleicht wäre es denkbar, auf Kreisebene ebenso ein informelles Instrument zu finden bzw. zu schaffen. Denn ansonsten ist die Gefahr groß, dass diese strategischen Überlegungen operativ wirkungslos bleiben.

#### Herr **Dr. Eberwein**

Herzlichen Dank für die Wortmeldungen, die in den meisten Fällen auch die Gedanken des KSR widerspiegeln. Die angesprochenen Probleme stehen beim KSR auf der Tagesordnung und werden natürlich weiterverfolgt. Häufigere Treffen mit den Verantwortlichen der Städte und Gemeinden werden gerne angenommen. Bei allen Städten und Gemeinden besteht auch große Offenheit für den KSR.

Die „Rüge“ zur Einbeziehung des Stadt seniorenrats Konstanz wird auf die eigene „Kappe“ genommen. Die Stadt Konstanz ist natürlich in allen Projekten mit einbezogen, ohne dies immer separat erwähnt worden ist. Die Zusammenarbeit mit dem Stadt seniorenrat funktioniert auch sehr gut. Sehr viele zukunftsweisende Projekte wie bspw. Neubauten von Pflegeheimen werden auch vom KSR unterstützt.

Kreisrat **Keck, MdL**, hätte jetzt ja in Bezug auf die Ehrenamtskarte auch die Möglichkeit, eine Einführung auf Bundesebene zu initiieren.

#### **Vorsitzender**

Vielen Dank für den Vortrag. Auf Seite 21 der Broschüre sind die Mitglieder des KSR aufgeführt. Mehr als  $\frac{1}{3}$  der Mitglieder kommen aus der Stadt Konstanz, sodass diese

auch im KSR gut vertreten ist.

Wenn der KSR neue Themen im Rahmen der Denkfabrik erarbeitet, wird dieser auch wieder im Sozialausschuss darüber berichten.

## **2. Integrationskonzept für Migranten und Migrantinnen**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Hoffmann**

Zum Pakt der Integration gibt es eine Stellungnahme des Landes, dass 58 Mio. € für das Jahr 2017 zur Verfügung stehen. Zum 15.09.2017 musste dazu von den Landkreisen eine entsprechende Erhebung abgegeben werden. Nach diesem Planungsrahmen werden dann die Gelder für die 24 Monate Förderung verteilt. Welche Erhebung hat der Landkreis Konstanz dazu abgegeben? Wie geht es mit dem Pakt zur Integration weiter?

Der Sitzungsvorlage konnte eine Art roter Faden entnommen werden. Im Integrationskonzept gibt es allerdings eine Diskrepanz zur Haushaltsberatung.

Auf Seite 1 steht im letzten Satz, dass das Konzept am 29.01.2018 im Kreistag verabschiedet werden soll. Das ist schlecht, weil der Haushalt für 2018 zu diesem Zeitpunkt bereits beschlossen sein wird. Wenn man das Konzept ernst nehmen möchte, muss man auch Geld investieren. Wenn man dieses Geld braucht, wird dies am 29.01.2018 zu spät sein, um es im Kreistag zu behandeln. Dieses Thema muss unbedingt in die Haushaltsplanberatungen mit aufgenommen werden.

Frau **Brumm**

Die Abgabe der Zahlen zum Pakt zur Integration war ein komplizierter Weg. Eigentlich müssen die Kommunen mitteilen, wie viele Personen bei ihnen leben. Über verschiedene Arbeitsgremien ergab sich der Vorschlag, dass der Landkreis Abfragen über ein bisher noch nicht bestehendes System machen sollte.

Der Abgleich wurde diese Woche durchgeführt. Es gab über 1.000 Datensätze, die manuell ausgewertet werden mussten. Die Liste wurde heute versandt. Es ist geplant, dass die Daten zum 15.10.2017 abgegeben werden. Der Stichtag zur Erfassung war der 15.09.2017, die Abgabefrist für die Daten ist jedoch am 15.10.2017. Erst danach kann gesagt werden, wie es weitergehen wird.

Die Grundbetreuung der Personen ist auf jeden Fall sichergestellt. Im Pakt werden allerdings nur Personen erfasst, die zwischen dem 01.01.2015 und dem 29.02.2016 nach Baden-Württemberg eingereist sind. Die restlichen Personen benötigen aber ebenfalls Betreuung. Dessen sollte man sich bewusst sein und darüber beraten, wie man damit umgehen möchte.

Es ist richtig, dass das Integrationskonzept auch Kosten auslösen wird. Das Konzept konnte allerdings nicht schneller vorangebracht werden. Ein Teil der aufgeführten Themen wurde auch in die Haushaltsplanungen aufgenommen. Es stimmt aber auch, dass einige Bereiche erst im laufenden Prozess zu Kosten führen werden. Daher ist es schwierig, diese bereits Anfang Januar mit konkreten Zahlen abzubilden.

Kreisrätin **Dr. Hofer**

Es wurde erwähnt, dass es momentan eine Basisbetreuung in den Anschlussunterbringungen durch die Wohlfahrtsverbände gibt. Führen diese Verbände dann die weitere Arbeit durch oder macht das jede Kommune selbst oder macht das der Landkreis? Denn auch die Wohlfahrtsverbände benötigen eine gewisse Planungssicherheit.

**Vorsitzender**

Wer was in welchem Umfang macht, steht momentan noch nicht fest. Es gibt Gemeinden, die dies selbst machen wollen. Andere Gemeinden wollen die Verbände beauftra-

gen und es gibt Gemeinden, die an den Landkreis herantreten.

Frau **Brumm**

Einige Gemeinden bekundeten bereits das Interesse an einer Zusammenarbeit mit dem Landkreis und der LIGA. Wie das umgesetzt werden soll, ist allerdings erst dann spruchreif, wenn bekannt ist, wie viele Stellen der Landkreis dafür tatsächlich erhält. Dazu kann mehr gesagt werden, wenn die Datenerhebung abgeschlossen ist.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Unter Punkt 3 der Sitzungsvorlage wird eine Dialogveranstaltung erwähnt. Beim Handlungsfeld Sprache sind genau die Themen aufgeführt, über die schon einmal im Kultur- und Schulausschuss und dann auch im Sozialausschuss gesprochen wurde. Das Stichwort war damals die Unübersichtlichkeit der Angebote, sowie die Strukturierung und Transparenz. Dazu wurde entsprechendes Personal vom Landkreis eingestellt und darüber auch bereits im Sozialausschuss darüber berichtet.

Es wird auf die spezielle Problematik junger Menschen zwischen dem 18. und 40. Lebensjahr hingewiesen. Diese sollen ja sprachlich in möglichst kurzer Zeit gefördert werden, damit sie in eine entsprechende Arbeitsstelle vermittelt werden können.

Wer setzt dies um und wer ist dafür zuständig? Wann soll die Umsetzung beginnen und wie soll diese aussehen? Wer finanziert die Dozenten, die diesen Sprachunterricht geben werden? Zudem wird davon ausgegangen, dass die Räumlichkeiten in den beruflichen Schulen zur Verfügung stehen.

Frau **Brumm**

Für 20 - 40 jährige gibt es kein abschließendes Konzept. Momentan wird dieses aber in einer Arbeitsgruppe erarbeitet. Das Thema Finanzierung spielt dabei natürlich auch eine Rolle. Ziel ist nicht nur die reine Sprachförderung, sondern auch die Behebung von Defiziten in Mathematik, damit die jungen Menschen in der Berufsschule auch Fuß fassen und an den Hauptschulabschluss herangeführt werden können.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Gibt es eine Einschätzung dazu, wann dies beginnen soll?

Frau **Brumm**

Das kann im Moment nicht eingeschätzt werden.

**Vorsitzender**

Ein Blick auf die Realität ist allerdings ebenfalls wichtig. Diejenigen Personen, die Unterstützung vom Jobcenter erhalten, haben bereits einen Aufenthaltsstatus. Von diesen Personen haben bisher etwa 20 % das Niveau B1 erreicht. Bevor man jetzt über Monate hinweg solche Kurse anbieten will, sollte man auch in Betracht ziehen, dass eine Begegnung mit der Berufsrealität motivierend dazukommen sollte.

### **3. Fördermaßnahme für Migranten im Landkreis Konstanz: Integrationsprojekt zur Förderung der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund**

Frau **Brumm** stellt den Sachverhalt dar.

Nachdem keine Wortmeldung erfolgt, fasst der Ausschuss folgenden

#### **Beschluss (einstimmig):**

**Der Durchführung des Integrationsprojektes zur Förderung der Bildungsbeteiligung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ab Juli 2018 wird, unter der Voraussetzung der Förderung durch Mittel der Europäischen Union, zugestimmt.**

#### 4. **Bildung und Teilhabe; Angebote und Inanspruchnahme**

Der **Vorsitzende** führt in den Sachverhalt ein.

Kreisrat **Engelhardt**

Vielen Dank für die ausführliche Darstellung.

Dieses Bildungs- und Teilhabepaket ist letztlich bei niemandem richtig beliebt. Das Landratsamt ist für die federführende Umsetzung dieser Leistung zuständig laut Gesetzgebung.

Die beiden wichtigsten Punkte, die zur Integration von Kindern in die Gesellschaft führen und Bildungschancen schaffen, sind die Leistungen für die Lernförderung und für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft. Die Zahlen weisen eine sehr magere Bilanz aus. Dies ist nicht die Schuld derer, die dies umsetzen wie bspw. die Schulsozialarbeiter. Allerdings umfassen etwa 25 % des Pakets nur die Verwaltungskosten.

Wichtig wäre es zu prüfen, wie gerade in den zwei genannten Bereichen eine stärkere Inanspruchnahme vom Landratsamt gefördert werden könnte. Die Leistung wird ja vom Bund erstattet.

Weshalb werden keine Stimmen zu einer anderen oder besseren Lösung laut, obwohl niemand mit diesem Paket zufrieden ist? Man müsste eine Rückmeldung an den Bund geben, dass man mit dem Gesetz nicht zufrieden ist. Es bindet sehr viele Kräfte und die Ergebnisse sind sehr unbefriedigend.

Es wäre gut, wenn sich das Gremium da nochmals zusammensetzen würde. In welcher Form könnte man dem Bund solch eine Rückmeldung geben? Denn wenn keine Rückmeldung derer kommt, die das Paket an der Basis umsetzen, wird dieses schlechte Paket ewig währen.

Herr **Goßner**

Es besteht Verwunderung über die Aussage. Denn Sie sagten auch, dass dieses Gesetz besser umgesetzt und die Leistungen besser bezahlt werden sollten.

In jedem Bewilligungsbescheid für Leistungen nach dem SGB II wird regelmäßig auf die mögliche Inanspruchnahme von Leistungen für Bildung und Teilhabe hingewiesen. Noch mehr Werbung ist kaum möglich. Die Menschen können nicht dazu gezwungen werden.

Dass dieses Gesetz wie dargestellt so unbeliebt sei, ist von den Mitarbeitern des Landratsamtes so nicht bekannt geworden. Mit diesem Gesetz wird versucht, Kinderarmut zu beseitigen. Man kann sicher darüber diskutieren, dass man dabei auch andere Formen finden könnte. Aber so schlecht, wie es soeben dargestellt wurde, wird das Gesetz nicht empfunden. Nach Anlaufschwierigkeiten laufen die Verfahren mittlerweile gut. Das Geld kommt tatsächlich dort an, wo es auch ankommen soll. Zudem wurden viele Verbesserungen eingebracht, insbesondere werden mittlerweile mehr Geld- als Sachleistungen erbracht. Die Kritik ist daher nicht nachvollziehbar.

**Vorsitzender**

Das klingt nach einem Fachgespräch. Weitere Details sollten direkt mit dem Sozialdezernenten geklärt werden. Sollte es danach weiterhin Bedarf geben, einen entsprechenden Brief an den Bund zu schreiben, wird dies umgesetzt.

Kreisrat **Müller-Fehrenbach**

Rund 3.000 Kinder kommen in den Genuss dieser Förderung. Etwas Schlechtes kann darin nicht gesehen werden. Vielleicht ist die Durchführung schwierig. Aber wenn zu lesen ist, dass für den Schulbedarf über 250.000 € ausgegeben werden oder auch für die Schülerbeförderung und die Mittagsverpflegung erhebliche Hilfen gezahlt werden,

wird klar, dass das Geld bei den Kindern ankommt.

Wenn beim Landkreis ein erheblicher Verwaltungskostenaufwand abgezogen werden würde, sollte darüber Transparenz herbeigeführt werden. Aber pauschal zu sagen, dass es sich um ein schlechtes Gesetz handelt, würde implizieren, dass zu wenig gezahlt wird oder dass Kinder, die es brauchen, nicht in den Genuss des Geldes kommen.

Kreisrat **Engelhardt**

Es ging konkret um die zwei Punkte Lernförderung und soziale Teilhabe. Lediglich 80 Kinder oder evtl. sogar noch weniger haben in 2016 eine Lernförderung in Anspruch genommen. Gerade wenn Kinder versetzungsgefährdet sind oder eine Chance haben, auf eine weiterführende Schule zu gehen, könnte die Lernförderung von mehr Kindern in Anspruch genommen werden als bisher. Ebenso ist die soziale Teilhabe ein wesentlicher Punkt. Die anderen Bereiche sind prima und diese hat es früher schon gegeben. Der Schulbedarf wurde bspw. nicht erst durch das Bildungs- und Teilhabepaket eingeführt, sondern diesen gab es schon davor.

Ein Beispiel für die soziale Teilhabe ist der Schwimmunterricht. Viele Kinder können nicht mehr schwimmen, weil die Eltern kein Geld haben, um den Schwimmunterricht zu bezahlen. Wenn man an diesen beiden Stellschrauben noch etwas machen könnte, würde man vielen Kindern damit helfen.

**Vorsitzender**

Der Sozialdezernent wird gebeten, entsprechende Gespräche darüber zu führen.

Die Zahlen in der Statistik sind wohl nicht so gemeint, wie man sie lesen kann. U. a. sind es auch Leistungen, die mehrfach bei einer Person ankommen. Das ist etwas schwierig.

Zur Kritik an diesem Gesetz wird ergänzt, dass es bei allen sozialen Leistungsgesetzen einen enorm hohen Verwaltungsaufwand gibt, der dadurch entsteht, dass zuerst die Hilfsbedürftigkeit geprüft werden muss. Diese Prüfung nimmt oftmals  $\frac{1}{3}$  des Geldes in Anspruch. Die Frage ist nur, wie man es anders machen sollte. Dazu wurde bisher noch keine andere Lösung gefunden.

Kreisrat **Engelhardt**

Früher wurde das in den Regelsatz eingearbeitet. Das wäre die einfachste Lösung und würde den ganzen Verwaltungsaufwand hinfällig machen.

**Vorsitzender**

Vielleicht sollte auch der KVJS eingebunden werden.

**5. Bericht des Sozialamtes zur Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach §§ 53 ff SGB XII – 2016**

Herr **Goßner** stellt den Sachverhalt dar.

Nachdem keine Wortmeldung erfolgt, nimmt der Ausschuss den Bericht zur Kenntnis.

**6. Verschiedenes - Bekanntgaben - Anträge - Wünsche**

Auf Nachfrage des **Vorsitzenden** erfolgt keine Wortmeldung.



Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, schließt der **Vorsitzende** die **öffentliche** Sitzung um 15:30 Uhr.

**Der Vorsitzende:**

---

Frank Hämmerle

**Für den Ausschuss:**

---

Dr. Wolfgang Zoll

---

Tobias Volz

**Für das Protokoll:**

---

Vera Hoffmann